

Gibt es einen »Extremismus der Mitte«?

Annäherung an ein instabiles Phänomen

Matthias Fechner

Positionsbestimmung

Während der Coronajahre vertraten bislang unauffällige Menschen der politischen Mitte plötzlich Positionen, die man vorher eher dem Rechts- oder Linksextremismus zugeschrieben hätte. Artikuliert wurde von ihnen nicht selten die Missachtung von Grundrechten, das Primat des Kollektivs, das Ausgrenzen gesellschaftlicher Minderheiten, der Ruf nach immer strengeren Verordnungen – in einer Lage, in der gerade der Mitte die Aufgabe zugekommen wäre, mäßigend und einigend zu wirken. Häufig beruhten die Forderungen jener »Extremisten der Mitte« auf einer Haltung, die Theodor W. Adorno für die »autoritäre Persönlichkeit« definiert hatte. In meinem Beitrag unternehme ich eine Annäherung an dieses äußerst liquide, temporäre Phänomen, das (scheinbar) ebenso schnell wieder verschwand, wie es gekommen war. Dabei versuche ich auch, den Anteil der Medien an seiner Entstehung zu berücksichtigen.

Zuerst eine Positionsbestimmung: Wenn ich vom Extremismus der Mitte spreche, meine ich kein klar definiertes Phänomen mit Organisationsstrukturen und festen Protagonisten. Anders als der Extremismus von links oder rechts erscheinen die extremen Ausprägungen der Mitte als temporär, liquide, werden nicht in *eigenen* Organisationsformen und auch nicht längeren, ideologisch unterfütterten Abhandlungen sichtbar. Vermutlich ist das folgerichtig. Denn die Mitte verfügt bereits über Organisation und ideologische Ausrichtung. Man findet sie in den entsprechenden Parteien, in den Medien, den Gewerkschaften und großen Kirchen, in den Berufsverbänden, im öffentlichen Dienst sowieso auch in Sportvereinen wie überhaupt im Ehrenamt. Der aufflackernde Extremismus wird in ihr jedoch

emotional verstärkt, drängt geradezu aus der Mitte hervor, verwandelt sich damit aber in etwas Neues.

Dessen wichtigste Eigenschaft ist eine zweidimensionale Verortung zwischen den Extremen. In der eindimensionalen Betrachtung kann auf einer politischen Skala lediglich festgestellt werden, wo sich die Mitte ideologisch befindet. In der Zweidimensionalität aber wird die – soziometrisch sogar messbare – Intensität, die extreme emotionale Ausprägung politischer Haltungen sichtbar, die wiederum die politische Praxis beeinflusst. Die kürzlich durchgeführte MIDEM-Studie des Teams um Hans Vorländer präzisiert diese Perspektive (Herold 2023). Dort wurde in mehreren europäischen Staaten überprüft, wo bei bestimmten Themen – Klimawandel, Zuwanderung, Gleichstellung von Frauen, Sozialleistungen und ihre Finanzierung – eine *affektive* Polarisierung auftritt. Das heißt, welche Befragten andere Meinungen bzw. das politisch Andere am kategorischsten ablehnen. Dabei stellte sich in allen Staaten heraus, dass Großstädter und ältere Menschen mit hohem Bildungsabschluss und gutem Einkommen den höchsten Grad an affektiver Polarisierung aufweisen, ebenso wie »die Wählerinnen und Wähler von linken bis linksextremen sowie grünen und ökologischen Parteien« (Herold 2023: 7). Einen Einfluss hatte auch, wie stark sich die Befragten mit einem Thema verbunden fühlten. Die größte Spaltungswirkung, die stärkste Ablehnung des politisch Anderen trat dabei bei den Themen Zuwanderung, Covid-19-Pandemie und Sozialleistungen und ihre Finanzierung auf. In Deutschland zeigten sich die extremsten Reaktionen bei den Anhängern der AfD – und der Grünen (Herold 2023: 10).

Festzuhalten bleibt, dass in der Befragung auch im politisch progressiven Lager, der gegenwärtigen gesellschaftlichen Mitte, emotional extreme Reaktionen dokumentiert werden konnten. Komplementär dazu definierte Uwe Backes (2011: 28) den Extremismus in seinem Streben nach Autokratie, Antipluralismus und Antidemokratismus. Politische Ziele also, die vor allem angesichts einer gefühlten oder echten Bedrohungslage – wie etwa in den Coronajahren – auch in der gesellschaftlichen Mitte artikuliert werden können. Doch der Extremismus der Mitte ist nicht zwingend mit den Massen identisch, deren Psychologie bei Gustave Le Bon (1961) und deren Symptomatik bei Elias Canetti 1960 beschrieben wird, übrigens gleichfalls in Bezug auf das Verhalten in Epidemien. Eine Masse kann ebenso nach links oder nach rechts außen tendieren. Und auch die ideologischen Komponenten der Mitte, aus denen ein Extremismus hervortritt, sind selbstverständlich variabel, haben sich im Laufe der Geschichte geändert.

Seymour Martin Lipset (1960) konnte diesen »Extremismus der Mitte« im Nazi-Kleinbürgertum Anfang der 1930er Jahre verorten. Doch Lipsets These möchte ich auf keinen Fall direkt auf gegenwärtige Phänomene des Extremismus anwenden. Natürlich kann nicht in Abrede gestellt werden, dass die kleinbürgerliche Mitte den Aufstieg des Nationalsozialismus befördert hat. Lipset aber bezieht sich auf einen anderen gesellschaftlichen Kontext, auf eine andere soziale Schicht: ein autoritätshöriges, vom Abstieg bedrohtes, relativ homogenes Kleinbürgertum. Und damals bildete der Nationalsozialismus zwar eine breite Strömung, aber keine ideologische Mitte. Er war in seinem Extremismus bereits vorhanden, organisatorisch und ideologisch manifest, strebte zur Macht, als er attraktiv für die Masse der kleinbürgerlichen Mitte zu werden begann.

Dagegen scheint ein Joseph McCarthy besser ins Schema zu passen. Der Senator aus Wisconsin hatte für die Vereinigten Staaten der 1950er Jahre persönlich durchaus progressive und gemäßigte Ansichten, etwa Homosexualität oder Antisemitismus betreffend.¹ Zum Extremisten wurde McCarthy, indem er eine Tendenz des damaligen Mainstreams auf die Spitze trieb, in eine Phobie, eine Manie verwandelte: die Furcht vor dem Kommunismus. Wichtiger noch: Der Extremismus der Mitte benötigt bestimmte soziale Konstellationen, Bedrohungen von innen oder außen, um aufzutreten, zu wuchern. Er wird nicht notwendigerweise durch Massen transportiert, sondern durch die Aktivitäten von Einzelnen, die aus der Masse hervortreten, die echte oder scheinbare Bedrohungen in extremer Weise attackieren, versuchen, der Masse eine Richtung zu geben. Und dann wieder in ihr verschwinden.

Ich möchte an dieser Stelle ein hypothetisches Beispiel geben, an dem ich illustriere, was ich in diesem Kontext genau als »extremistisch« bezeichne. Man stelle sich einen westlichen Staat vor, der durch eine Reihe islamistischer Anschläge erschüttert wird. Um das Sicherheitsgefühl der Bürger, die gesellschaftliche Wehrhaftigkeit, auch ihre Solidarität zu stärken, entwirft das Innenministerium nun ein Gesetz, nach dem Moslems – die in dieser Lage aufgrund der Algorithmen eine erhöhte Bedrohung darstellten – weitgehend vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen wären. Demnach dürften Moslems nicht mehr in Restaurants speisen, keine Fernzüge und Flugzeuge mehr nutzen, auch der Zutritt zu bestimmten Rathäusern, zu Theatern und Kinos

1 McCarthy's engster Verbündeter war der jüdische Staranwalt Roy Cohn. McCarthy wurden mehrere homosexuelle Affären nachgesagt, die er nicht bestritt. Er entstammte einer strenggläubigen katholischen Familie, war also kein WASP (weißer, angelsächsischer Protestant).

wäre ihnen verwehrt. In den Kantinen mancher Unternehmen richtete man getrennte Essecken mit einfacherer Ausstattung ein. Die Qualitätsmedien erklärten und unterstützten diese Maßnahmen mit der selbstverständlichen Autorität evidenzbasierter Vernunft. Doch der Nachweis eines Übertrittes zum Christentum oder einer anderen großen Weltreligion verschaffte allen Moslems sofort wieder volle gesellschaftliche Teilhabe. Der Übertritt – per App oder auf Papier dokumentiert – eröffnete ihnen umgehend Zutritt zu allen gesellschaftlichen Bereichen der Solidargemeinschaft.

Dieses Beispiel ist bewusst etwas weniger kontrovers entworfen, weil der formale Übertritt zu einer anderen Religion – unter äußerem Zwang – im Islam nicht sanktioniert wird.² Zudem darf man davon ausgehen, dass ein solcher Verwaltungsakt lediglich indirekt gesundheitliche Nebenwirkungen zeitigt. Und dennoch bin ich davon überzeugt, dass in einer Exekutive, die in dieser Weise handelte, extremistische Tendenzen sichtbar werden. Um es noch präziser zu formulieren: Die Regierung selbst kann ansonsten eine durchaus gemäßigte, liberale Politik vertreten. An dieser konkreten Stelle jedoch fällt es schwer, aktive Befürworter solcher Verordnungen als gemäßigt zu bezeichnen. Im Gegenteil: Das pauschale Diskriminieren einer heterogenen Gruppe, die Ablehnung jeglichen Dialoges aufgrund eines einzigen gemeinsamen Nenners gehört wohl eher ins politische Repertoire von Extremisten.

Glücklicherweise handelt es sich hier um ein theoretisches Beispiel. Trotzdem wäre es möglich, Bezüge zu den Coronajahren und zur gesellschaftlichen Ausgrenzung Ungeimpfter³ herzustellen. Der Ausgangspunkt meiner Analyse könnte damit also tatsächlich in temporär extremistischen Einstellungen auf bestimmten Themenfeldern, weniger in einer umfassenden Programmatik, einer gefestigten Weltanschauung oder organisatorischen Strukturen verortet werden. Obgleich oder gerade weil diese Positionsbestimmung subjektiv von mir vorgenommen wird, lediglich auf einzelnen, prägnanten Beispielen und nicht etwa auf der Auswertung einer umfangreichen Befragung gründet. Anfügen sollte man ebenfalls, dass diese Spielart des Extremismus der Mitte sehr häufig nur zeitweise auf vereinzelt Politikfeldern auftritt, wie etwa in der Gesundheitspolitik: Er spiegelt dort ein durchaus heterogenes Spektrum,

2 Apostasie unter Zwang ist nach dem Koran ohnehin ungültig. Vgl. Sure 2:256 (Al-Baqara).

3 Die Verwendung des Containerbegriffs »Ungeimpfte« ist wissenschaftlich ungenau, weil man davon ausgehen kann, dass viele der »Ungeimpften« durchaus geimpft waren, beispielsweise gegen Grippe, nur eben nicht mit einem von der Politik als zulässig definierten mRNA-Serum. Sie dient in meinem Beitrag lediglich als (übernommene) sprachliche Vereinfachung, zur besseren Lesbarkeit des Textes.

in dem auch radikalere Parteien wie etwa die AfD in umgekehrter Weise liberale und demokratische Positionen vertreten können – ungeachtet ihrer sonstigen Ausrichtung.

Extremismus der Mitte in den Covidjahren

Die Maßnahmen, die ab März 2020 in Deutschland gegen die Ausbreitung des COVID-19-Virus getroffen wurden, erzeugten – wie bei einer Allergie – auffällige Symptome in der Gesellschaft: Abwehr-, Schutz- und Fluchtreaktionen in einer als lebensbedrohlich empfundenen Situation. Im anfänglichen Lockdown horteten manche Bürger sogar nicht lebensnotwendige, durchaus profane Dinge, wie etwa Klopapier. Menschliche Kontakte wurden penibel durch in kurzen Abständen novellierte Verordnungen definiert. Wer diese nicht genauestens befolgte, konnte als (potenzieller) Mörder⁴ tituiert, sogar rechtlich belangt werden. Schließlich drängten viele Menschen zu einer Impfung mit mRNA-Seren, von denen weder die Inhaltsstoffe noch die genauen Wirkungen bekannt waren. Letztere wurden vor allem durch die Politik definiert, als bestimmte Seren – etwa aus Russland (Sputnik V), Indien (Covaxin) oder Schweden (AstraZeneca) – in Deutschland zeitweise nur eingeschränkt oder überhaupt nicht anerkannt wurden. Die in Deutschland zugelassenen Seren – wie Comirnaty – zeichneten sich in der Praxis jedoch ebenfalls weder durch eine hohe Wirksamkeit noch durch eine übermäßige Sicherheit aus.⁵ Und erhielten – nicht nur aus diesen Gründen – umgekehrt in Indien und China keine Zulassung. Dessen ungeachtet eruptierte noch Anfang 2022 die Forderung nach einer allgemeinen Impfpflicht in Deutschland, drängte mit Wucht in die gesellschaftlichen Debatten. Der zu diesem Zeitpunkt kaum mehr als rational zu bezeichnende Diskurs erreichte nun neue Tiefpunkte. Insgesamt sind auf der Webseite [ich-habe-mitgemacht.de](https://www.ich-habe-mitgemacht.de) über 1 700 Beispiele öffentlicher Beschimpfungen gegen Ungeimpfte und Skeptiker dokumentiert. Manche dieser Aussagen mögen einmalige Ausrutscher gewesen sein. Die große Zahl der Zitate, gerade von Menschen aus der gesellschaftlichen Mitte, belegt jedoch, dass dort tatsächlich extremistische Tendenzen sichtbar werden. Aufgrund der relativ eindeutigen Sachlage führe

4 Die Spiegel-Journalistin Samira El Ouassil (2020) definierte diese Haltung in Bezug auf Maskenverweigerer: »Mal ehrlich, es ist grob unhöflich, andere Menschen umbringen zu wollen.«

5 Dieser Sachverhalt ist inzwischen relativ gut aufgearbeitet, war aber seit der (schlampig gehandhabten) Zulassung der ersten Impfstoffe bekannt.

ich in meinem Artikel selbst nur wenige Zitate als Beispiele an und konzentriere mich auf das Phänomen selbst. Dabei sollten wir nicht vergessen, dass die in Bedrängnis geratene Minderheit der Ungeimpften auch nicht vor ebensolchen Erwiderungen zurückschreckte. Die Sanktionen aber betrafen fast ausschließlich ungeimpfte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dazu gehörten Maßnahmen, die in der westlich-demokratischen Welt zuvor in vergleichbarer Weise während der Apartheid und der Rassentrennung in den Südstaaten der USA zur Anwendung gekommen waren. Wie dort, konnten diese Maßnahmen großflächig umgesetzt werden und fanden Befürworter aus der Mitte der Gesellschaft. Natürlich kann man die Anwendung der Segregation nicht eins zu eins vergleichen. In den Südstaaten und in Südafrika bezogen sich derartige Formen der Diskriminierung auf äußere, unveränderliche Merkmale der Menschen, waren zudem aus einer langen und brutalen Geschichte des Unrechts gewachsen. Umso mehr muss es verwundern, dass etwas ähnlich Ausgrenzendes, geradezu Extremes innerhalb kürzester Zeit in Deutschland und anderen demokratischen Staaten eingeführt werden konnte.

Die autoritäre Persönlichkeit

Erklärungen für dieses Phänomen lassen sich in der Steuerung des gesellschaftlichen Diskurses durch die Leitmedien finden. Man findet sie darüber hinaus in Haltungen und Meinungen, die von Menschen besonders deziert vertreten werden, aus denen sich ein Extremismus der Mitte äußert. Natürlich ist dieses Phänomen nicht neu: Theodor Adorno hatte mit seiner groß angelegten Studie der »autoritären Persönlichkeit« bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg nachgewiesen, dass sich faschistoide Persönlichkeitsmerkmale in allen Teilen der US-amerikanischen Gesellschaft gebildet hatten (Adorno et al. 1950). Das Raster, das sein Team damals in den Befragungen benutzte, ist auch heute noch aufschlussreich. Dort geht es eben nicht um Äußerlichkeiten wie die Befürwortung von Kreuz oder Stern in der Religion, sondern um Fragen der familiären Prägung; in der Faschismus-Skala geht es auch um das Festhalten an gesellschaftlichen Konventionen, die Autoritätshörigkeit, um das Ahnden von Regelverstößen, die Ablehnung des Schöngeistigen und Subjektiven, den Aberglauben, die Identifikation mit den Machthabern, die Herabsetzung Andersdenkender, den Glauben an das Böse bzw. irrationale Bedrohungen und den Umgang mit Sexualität. Bis auf den letzten Punkt wäre etwa die populistische Impfpflicht-Rede der Grünen-

Abgeordneten Emilia Fester am 17. März 2022 im Bundestag ein Beispiel für derartige Einstellungen in der Gegenwart.

Allerdings sollte man vorsichtig sein, Folgerungen daraus ungefiltert ins Hier und Jetzt zu übertragen. Obwohl Adorno seine Studie in den progressiven Bundesstaaten Kalifornien und Oregon durchgeführt hatte, war die US-amerikanische Gesellschaft damals – in der McCarthy-Ära zu Beginn des Kalten Krieges – wesentlich reaktionärer aufgestellt als unsere heutige. Man tut Emilia Fester wohl vordergründig Unrecht, wenn man ihre Haltung mit dem US-Konservatismus der späten 1940er Jahre gleichsetzt. Doch aus Adornos Forschung entstehen selbst heute noch neue Fragen: Warum wollten Menschen den Begriff der »Solidarität« nur noch in vereinfachter, neoliberaler Form verstehen, ausschließlich auf die aktuelle Impfung bezogen, die damit wichtiger wurde als alle anderen zuvor erbrachten Leistungen für die Gemeinschaft? Warum waren Menschen bereit, aufgrund neuer, willkürlicher Verordnungen aktiv auszugrenzen? Warum haben Menschen die Einhaltung offensichtlich unsinniger Regeln⁶ mit großer Ernsthaftigkeit überwacht?

Gewiss, auch dazu gibt es bereits einige Antworten, wieder aus den Vereinigten Staaten. Etwa von Stanley Milgram (1974), der bereits 1961 nachwies, dass nicht wenige Menschen unter Anleitung einer wissenschaftlichen Autorität bereit sind, mehr oder weniger systematisch zu foltern. Doch auch hier ist ein linearer Vergleich unpassend. Schließlich wurde in den Coronajahren nicht gefoltert; vor allem ging es für die meisten Menschen vorrangig darum, Leben zu schützen. Zuerst das eigene, dann Familie und Freunde, schließlich wollte man auch eine Ansteckung der Mitmenschen vermeiden. Ganz im Sinne des neoliberalen homo oeconomicus, der seinen eigenen Vorteil wahrnimmt und damit (scheinbar) auch anderen hilft.

Bedenklich ist im Vergleich vor allem, dass das evident Extreme mancher Maßnahmen (Segregation, Schulschließungen, Ausgangssperren) nicht umgehend angepasst, nicht einmal besonnen diskutiert werden konnte. Und dass es Menschen gab, die hier nicht etwa mäßigend und vermittelnd wirkten, sondern unnachgiebig auf der Einhaltung vieler sinnbefreiter, sogar des-

6 Beispielsweise die Maskenpflicht im Freien, Ausgangssperren oder das Zutrittsverbot für Ungeimpfte in Theatern, Museen, Bibliotheken, Restaurants (2G-Regeln). Eine prägnante Zusammenfassung liefern die Versionen des §28a Infektionsschutzgesetz: »Besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) bei epidemischer Lage von nationaler Tragweite«. Problematisch sind derart undurchdachte Verordnungen auch deshalb, weil sie Widerspruch geradezu herausfordern und eine echte Gefahr damit wesentlich schwerer bekämpft werden kann.

truktiver Verordnungen bestanden. Eine Konstellation, die den Maßnahmenprotest zusätzlich befeuerte und damit negativ auf die gesellschaftliche Kohärenz wirkte. Anders als etwa bei der Pandemie von 2009, die ohne Gefährdung des demokratischen Konsenses beendet werden konnte.

Doch mir geht es auch darum, die Frage zu ergründen, in welchen Konstellationen bestimmte Haltungen in der Gegenwart eine solche Wirksamkeit entfalten konnten, dass heterogene Teile der bundesdeutschen Bevölkerung ein extremistisches Verhalten zeigten; dieses auch aggressiv rechtfertigten, obwohl man etwas Derartiges noch kurz zuvor nicht von ihnen hätte erwarten dürfen. Dazu könnte auch die Auflösung kognitiver Dissonanzen, widersprüchlicher Wahrnehmungen beigetragen haben. Nicht zuletzt die Medien unterstützten autoritativ eine Politik linker und progressiver Parteien, die man vorher eher von der reaktionären Rechten erwartet hätte. Wie aber konnte diese Konstellation überhaupt entstehen?

Wo die politische Peilung versagt: Im Bermudadreieck aus Programmatik, Projektion und Praxis

Das Bild einer Partei konturiert sich, behaupte ich, aus der Spannung zwischen Programmatik, Projektion und Praxis. Drei Perspektiven also, die nicht identisch sind, in Extremfällen nur geringe Überschneidungen aufweisen. Dabei besteht die Programmatik aus dem Parteiprogramm, das auf Landes- und Bundesdelegiertenkonferenzen verabschiedet wird. In der Regel handelt es sich um Empfehlungen, die in den großen Parteien Versatzstücke für fast jede politische Richtung bieten, aber leider nur selten vollständig gelesen und öffentlich diskutiert werden. Zur politischen Praxis, auch zur Wirkung der Politik besteht nicht immer eine Verbindung. Zudem erfährt die Programmatik im politischen Prozess Veränderungen, etwa in Koalitionsverträgen oder Gesetzesvorlagen. Wichtiger ist in dieser Konstellation die Projektion⁷ der Wählerinnen und Wähler, die eine andere Sichtweise auf die Praxis selbst bestimmt. Diese Projektion wird aus unterschiedlichen Quellen gespeist, etwa der Selbstdarstellung der Parteien, auch dem Einfluss von Familie und Freunden, eigenen biografischen Erfahrungen, darunter der schulischen und universitären Bildung. Schließlich

7 Nicht zu verwechseln mit der (verwandten) Projektion in der Meinungsforschung, der Wahrnehmung und Darstellung politischer Stimmungen mittels Politbarometer, zur kurzfristigen Bestimmung eines möglichen Wahlergebnisses.

kann den Medien auf diesem Feld eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zugesprochen werden.

Beim aktuellen Extremismus der Mitte fällt zuerst eine Widersprüchlichkeit zwischen der politischen Praxis und den Darstellungen zur Erzeugung der Projektion auf. Dazu ein Beispiel aus der Außenpolitik: Im Dezember 2022 würdigte Außenministerin Annalena Baerbock als Staatsgast Narendra Modi Indien als »Wertepartner«. Aus macht- und außenpolitischer Perspektive ist dagegen wenig einzuwenden. Deutschland benötigt Bündnispartner, und Indien stellt im Reigen der neuen Großmächte sicher eines der kleineren Übel dar. Doch verblüfft die Leichtigkeit dieser auch in den Qualitätsmedien kolportierten Aussage – angesichts der klar rechtsextremen Ausrichtung des Staatsoberhauptes und seiner Partei, der hindunationalistischen Bharatiya Janata Party. Noch präziser: Auf der Suche nach einer Parteitradition vereinnahmte Modi selbst den Spiritus Rector der Waffen-SS-Division »Legion Freies Indien«, Subhash Chandra Bose.⁸ Zudem diskriminiert die Politik der BJP religiöse und ethnische Minderheiten,⁹ benutzt Frauen lediglich zur Selbstdarstellung und vergiftet damit das politische Klima der äußerst korrupten Demokratie.¹⁰ Das ist die politische Praxis. Es überrascht also, dass am jovialen Umgang mit dem »Wertepartner« keinerlei substanzielle Kritik geübt wurde, weder von der Außenministerin noch von den Medien, wie dies etwa bei Trump, Bolsonaro oder Putin geschieht. Hier aber sendeten die Medien Signale, die eine klare Rezeption verhindern, die Projektion beeinflussten. Ein Bericht im ZDF über Baerbocks Reise unterstreicht am 5. Dezember die Suche nach einem »Gegengewicht« zu China, nach Fachkräften, nach Klimaschutz. In der damit erzeugten Projektion besucht die Außenministerin also die größte Demokratie der Welt, das farbenprächtige Land Gandhis, wo Kühe verehrt werden, das sich rasant zu einem IT-getriebenen Global Player mit Millionen von dynamischen Fachkräften entwickelt. Allerdings findet sich im ZDF – im Gegensatz zur Mehrheit der anderen, ähnlich gelagerten

8 Dazu verkündete Modi unter anderem die Errichtung einer achteinhalb Meter hohen Statue des »Netaji« (Führers) Bose am India Gate in Neu-Delhi, dem wichtigsten Kriegerdenkmal Indiens (Statesman News Service 2022).

9 In Indien kommt es immer wieder zu gezielten Ausschreitungen und Pogromen gegen Moslems. Eine aktuelle Liste von Ereignissen findet sich etwa bei Human Rights Watch. Bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen in ländlichen Gebieten einiger Bundesstaaten (Chhattisgarh, Orissa, Jharkhand), in denen die Regierung mit besonderer Brutalität gegen die indigene Bevölkerung vorgeht. Linke Aktivisten, die sich für die Rechte der Indigenen einsetzen, werden aufgrund falscher Beweise verhaftet und unter schwierigsten Bedingungen – ungeachtet ihres Alters oder ihres Gesundheitszustandes – im Gefängnis festgehalten (vgl. DHNS 2022).

10 Die Mechanismen dieser korrupten Demokratie beschreibt Katherine Boo (2012).

Artikel¹¹ – inzwischen auch ein Beitrag über die rechtsextreme Ausrichtung der indischen Regierung.

Für zusätzliche Verwirrung sorgen hier jedoch programmatische Bekundungen Baerbocks zu ihrer »feministischen« Außenpolitik. Dass ihre indischen »Wertepartner« in der politischen Praxis brutale Chauvinisten und verknöcherte Patriarchen¹² sind, spielt in dieser Konstellation keine Rolle mehr. Im Bermuda-Dreieck von Praxis, Projektion und Programmatik ist keine Peilung, keine Orientierung mehr möglich. Plötzlich erscheinen Extremisten als gemäßigt, werden Patriarchen zu *Allies*. Dass es sich beim Beispiel Indien nicht um eine Ausnahme handelt, zeigen die außenpolitischen Positionen zum Krieg in der Ukraine. Die Anliegen der »feministischen« Außenpolitik werden dort von den Ukrainern mit einer ganz anderen, recht konservativen Motivation verteidigt. Vor allem der Nationalstolz, aber auch der Opfermut fast ausschließlich ukrainischer Männer haben bisher (ebenso wie eine akzeptable Frontzulage und logistische Unterstützung aus dem Westen) dazu beigetragen, den russischen Vormarsch an den östlichen Fronten aufzuhalten. Entsprechend gewürdigt wurden in den deutschen Medien auch die Kämpfer des Asow-Regiments, das in einer rechtsextremen Tradition steht. Aus einer realpolitischen Position – wie sie Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski im Kalten Krieg vertraten – ist diese Haltung nachvollziehbar und passend. Wie sich diese Konstellation allerdings in eine »grüne« und »feministische« Außenpolitik fügt, ist – ohne den erstaunten Blick auf verzerrte Projektionen – eigentlich kaum zu erklären.

Nun ist alles möglich – was genau so in den Coronajahren geschehen ist, wo selbst die Antifa plötzlich die Interessen der Pharmaindustrie verteidigte. Betont werden sollte bei diesen Beispielen dennoch, dass nicht das Außenministerium eine problematische Rolle spielt, sondern die Gemengelage, die keine präzise politische Verortung mehr zulässt. Es sind genau diese Umstände, die einen Extremismus der Mitte ermöglichen, mit seiner temporären, liquiden Natur. Verändern sich die Einflüsse und Perspektiven aus Praxis, Projektion und Programmatik, dann ändert sich selbstverständlich auch die ideologische Substanz, deren Gehalt aber in den entstandenen

11 Die Tagesschau titelte dazu beispielsweise am 5. Dezember 2022: »Besuch in Neu-Delhi: Baerbock würdigt Indien als Wertepartner«. Mathias Peer (2022) begann seinen Artikel im *Handelsblatt* mit der Schlagzeile »Baerbock lobt Indien als Wertepartner«, verwies im Nebensatz aber auf eine aktuelle außenpolitische Problematik (»obwohl das Land enorme Mengen an russischem Rohöl importiert«). Im Teaser wurde die Aussage weiter betont: »Die Außenministerin schwärmt in Neu-Delhi von der Partnerschaft mit Indien. Dabei will das Land sein boomendes Geschäft mit Russland trotz des EU-Preisdeckels sogar ausbauen.«

12 Während die Regierung Modi eine Besserstellung der Frauen verspricht, werden in Indien Frauen und Minderheiten auch weiterhin massiv und aktiv benachteiligt (vgl. Kundu 2022).

Verzerrungen nicht mehr bemessen werden kann. Dazu lassen sich unzählige weitere Beispiele finden.

Intransigenz der Haltungen

Die Weigerung einer Ulmer Berufsschullehrerin, Wolfgang Koeppens Roman »Tauben im Gras« (1951) aufgrund einer von ihr als rassistisch gelesenen Sprache als Abiturvorbereitung zu unterrichten, wäre nur eines davon (Meisoll 2023). Koeppens Prosa ist poetisch, ambigue, präzise, gleichzeitig fast dokumentarisch, damit auch in ihrer Zeit verhaftet. Der Autor spiegelt die Perspektiven unterschiedlicher Protagonisten in den frühesten Jahren der Bundesrepublik. Und selbstverständlich befinden sich darunter Aussagen, die aus heutiger Sicht als rassistisch gedeutet werden können, weil Teile der Gesellschaft – die Koeppen kritisch beschreibt – damals rassistisch eingestellt waren. Es erfordert ein Eindringen in die historischen Zusammenhänge, in Techniken literarischer Darstellung, es erfordert Sprachverständnis sowie Empathie, um sich mit den daraus hervortretenden Haltungen im Roman auseinanderzusetzen, wie auch die Kultusministerin von Baden-Württemberg befand (Deutschlandfunk 2023).

Wie bereits angedeutet, klebt der Extremismus der Mitte damit gewiss nicht am Logo einer Partei. Denn die grüne Kultusministerin Theresa Schopper verteidigte hier den Roman eines bedeutenden linksliberalen Schriftstellers gegen die Angriffe einer Beamtin, die sich selbst als afrodeutsch definiert. Selbst in der *Jungen Welt*, einem sonst nicht als rassistisch bekannten Medium, wurde »Tauben im Gras« danach ausdrücklich positiv rezensiert (Grumbach 2023). Ein Teil der Problematik besteht hier wohl in der »modernen Empfindlichkeit« (Flaßpöhler 2021) der »Selbstgerechten« (Wagenknecht 2021), die sich schneller verletzt fühlen und keine Empathie mehr für andere Positionen aufbringen (siehe Sandra Kostner in diesem Buch). Sie reagieren gekränkt, mit einer radikalen Einseitigkeit der Vorwürfe, unter bewusster Ausblendung des kulturgeschichtlichen Kontextes,¹³ der Verweigerung eines Dialogs, der Unbedingtheit, Forderungen durchzusetzen, bei gleichzeitiger Eskalation der Kampfzone in die mediale Öffentlichkeit, selbst

13 Der Deutschlehrerin dürfte bekannt gewesen sein, dass »Tauben im Gras« keinesfalls in das Spektrum wirklich rassistischer Romane in der deutschsprachigen Literatur passt, wie etwa Hans Zöberleins »Befehl des Gewissens« (1937) oder Artur Dinters »Sünde wider das Blut« (1918). Auch die Biografie Koeppens, sein Gesamtwerk und dessen Rezeption lieferten bislang keinerlei Anhaltspunkte für einen Rassismusverdacht.

unter eminenter Gefährdung der eigenen Existenz. Denn die Studienrätin lehnte nicht nur eine gütliche Einigung ab, die darin bestanden hätte, einen anderen Kurs, eine andere Lektüre zu unterrichten. Sie startete darüber hinaus eine Petition, Koeppens Roman generell für den Schulunterricht zu verbieten, und kündigte ihr Ausscheiden aus dem Schuldienst an, falls das (linksliberale) Buch weiter im Lehrplan verbleibe (Meisoll 2023, SWR 2023).

Cancel Culture

Damit wären wir beim Thema Cancel Culture, die in ihren unterschiedlichen Ausprägungen nur ein Symptom, ein Gradmesser für Intransigenz ist und an dieser Stelle nicht mit ihren jeweils unterschiedlichen Ausprägungen und Beispielen – Zensur, Absagen, Abmahnungen, Kündigungen, Hassreden oder Demonstrationen gegen Veranstaltungen – behandelt werden soll. Klar ist, dass sie in ihrer Extremform demokratischen Prinzipien widerspricht, häufig von einer Minderheit, teilweise sogar Einzelpersonen ausgeht, die mit ihrer Agitation, auch über eine mediale Amplifizierung, den Eindruck erwecken können, dass viele Menschen entschlossen hinter dem Abbruch des Dialoges stünden. Dennoch ist es schwierig, Entscheidungsträger, die derartige Tendenzen exekutiv durchsetzen, nicht im Windschatten extremer Haltungen, auch eines Extremismus der Mitte zu verorten. Selbstverständlich muss man ihnen zugestehen, dass sie durch eine rigide Verhinderung kontroverser Debatten auch die Einrichtung unter ihrer Leitung schützen. Andererseits nimmt der offene, demokratische Diskurs gerade daraus Schaden. Eine extreme Forderung erhält durch einseitige exekutive Unterstützung meistens eine höhere Wirksamkeit. Gerade aus solchen ungleichen Bündnissen erwachsen dem spontanen Extremismus der Mitte zusätzliche Kräfte.

Offene Diskurse als Ventil

Interessanterweise spielen rechtsextreme Parteien keine Rolle mehr, wenn kritische Fragen offen artikuliert werden können. Dies zeigte sich etwa bei der Wiederwahl Boris Palmers zum Tübinger Oberbürgermeister 2022, wo kein rechter Gegenkandidat antrat.¹⁴ Palmer hatte den Diskurs über Mig-

14 Konkrete handelte es sich bei den Gegenkandidaten um die dreifache Mutter und Politikwissenschaftlerin Ulrike Baumgärtner (Bündnis 90/Die Grünen, 22 Prozent), die Volkswirtin

rationspolitik geöffnet und damit ein Ventil für den politischen Druck aus der rechten Mitte geschaffen. Natürlich stellt sich die Frage, ob ein Politiker wie Palmer nicht selbst als Extremist der Mitte zu bezeichnen wäre. Doch gerade die Fokussierung schärft an dieser Stelle die Definition: Der Extremist der Mitte unterbindet den Dialog, wertet andere Positionen pauschal ab, ist nicht an einer Modifikation seiner eigenen Argumente interessiert. Damit gleicht er den Extremisten von links und von rechts, die bisweilen wenig Verständnis für die Spielregeln einer offenen Gesellschaft aufbringen. Dabei entstehen auch Schnittmengen – trotz grundsätzlicher thematischer Differenzen.

Sicherheit

Denn auch der Extremist der Mitte sucht Sicherheit; gewiss nicht in der Migrationspolitik wie die Extremisten von rechts. Doch in der Gesundheitspolitik markierten die Extremisten der Mitte wiederum ihr eigenes Feld, auf dem sie keinesfalls zu Konzessionen bereit waren, wo sie ihre eigenen autoritären Vorstellungen von Sicherheit durchsetzten. Kleinste Verstöße wurden dann regelkonform und mit aller Härte geahndet: Wer etwa in der Bahn keine Maske tragen wollte, konnte von einem halben Dutzend Polizisten aus dem Zug geholt, verhaftet und abgeführt werden. Selbst wenn man sich alleine in einem Abteil oder sogar Waggon aufhielt. Denn der Extremist der Mitte war nicht nur bestrebt, die – aus seiner Sicht letale – Gefahr der Ansteckung zu minimieren; er duldete darüber hinaus keine Zuwiderhandlungen gegen Verordnungen, selbst wenn aus dem Verstoß keinerlei gesundheitliche Konsequenzen resultierten.

Genau darin zeigte sich der Charakter des Extremisten der Mitte: Die Schutzverordnung wurde zum Selbstzweck erhoben, losgelöst von der tatsächlichen epidemiologischen Lage, die durch verzerrte Messungen und schwammige Statistiken¹⁵ ohnehin höchst ungenau wiedergegeben wurde. Losgelöst auch von der schwierigen wirtschaftlichen Lage und vor allem

Sofie Geisel (SPD, 21,4 Prozent), den Kabarettisten Markus Vogt (Die Partei, 2,2 Prozent), den Entrümpeler Sandro Vidotto (0,8 Prozent) sowie den Bademeister Frank Walz (1,0 Prozent). Palmer selbst erhielt 52,4 Prozent der Stimmen, bei einer Wahlbeteiligung von 62,6 Prozent.

15 Eine knappe Stellungnahme zu ungenauen Statistiken findet sich auf der Webseite <https://argumente.de>, einer Gruppe von Wissenschaftlern, die faktenbasiert gegen die Impfpflicht argumentiert(e).

der katastrophalen Entwicklung zwischenmenschlicher Beziehungen im sogenannten Lockdown. Anstatt hier mäßigend zu wirken, den Dialog mit jenen aufrechtzuerhalten, die nicht mehr bereit waren, dem extremen Kurs zu folgen, Synthesen zu bilden, Kompromisse zu schließen, heizten einige besonders überzeugte Extremisten der Mitte die Situation zusätzlich an. Wer etwa den Einfluss der Pharmaindustrie und ihre enormen Krisen-Gewinne kritisch hinterfragen wollte,¹⁶ konnte schnell als »Verschwörungstheoretiker« ausgegrenzt werden. Selbst das Benutzen des Wortes »Elite« im falschen Kontext zog die Gefahr nach sich, als »Antisemit« verdächtigt zu werden.¹⁷ So verengte das allzu beflissene Aufkleben derart abwertender Etiketten in der Praxis nicht nur den demokratischen Diskurs, sondern zeigte auch, wie stark – im Adorno'schen Sinne – die Autoritätshörigkeit unter manchen Menschen in der Mitte der Gesellschaft geworden war. Sichtbare gesellschaftliche Fehlentwicklungen wurden in dieser Konstellation nicht mehr kritisiert, sondern verteidigt und unterstützt.

Die Bewegungen des Extremisten der Mitte

Man kann für diese wenig konstruktiven Verhaltensweisen eine Vielzahl an Gründen vortragen; auffällig ist aber, dass der Extremist der Mitte – anders als der Extremist von rechts oder links – in derartigen Konstellationen häufig konform mit dem Diskurs einer echten oder scheinbaren Mehrheit geht, gerne gestützt durch Autoritäten. Während sich die Extremisten des Randes absondern, außerhalb des Konsenses stellen, dadurch mitunter dauerhaft sichtbar werden, bewegt sich der Extremist der Mitte vorwiegend im Kollektiv, bleibt in der Psychologie der Massen verhaftet. Dabei befindet er sich in einem widersprüchlichen Zustand. Denn gleichzeitig drängt es ihn dazu, sich von seinen Mitmenschen abzuheben: aus Geltungsbedürfnis, aus krisengeborener Angst, aus einer unbestimmten Aggression heraus. Nicht

16 Zum profitorientierten Vorgehen und zum Lobbyismus der deutschen Pharmaindustrie vgl. den sehr späten Versuch einer Aufarbeitung in den Leitmedien, etwa in der *Zeit* (Schwarz 2023).

17 Die Europäische Kommission warnt(e) beispielsweise vor »implizit und versteckt antisemitischen Formulierungen (etwa »Ostküsteneliten« in den Vereinigten Staaten)«. Ähnliche Hinweise findet man auf der Webseite der Bundeszentrale für politische Bildung oder auch beim *Faktenfuchs* des Bayrischen Rundfunks. Problematisch ist, dass die Warnungen auf diesen Webseiten einen kritischen Diskurs lähmen und gleichzeitig keinerlei Hinweise liefern, wie man dem grassierenden Lobbyismus und der verdeckten Einflussnahme großer Pharma- und Digitalunternehmen verbal begegnen sollte.

zuletzt aus dem Gefühl, die radikal richtigen Lösungen durchsetzen zu müssen. In diesen ebenfalls temporären Zeiträumen setzt er sich – für die Dauer von Stunden, Wochen, im Einzelfall auch wenigen Jahren – mit extremen Forderungen an die Spitze der Massen, vermag diesen sogar einen neuen, stets populistischen Impetus zu verleihen, eine andere Richtung zu geben. Dabei kann er aus allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen hervortreten – als Politiker, Journalist, Wissenschaftler, Arzt, couragierter Bürger. Bis er wieder in der Masse und den Zeitläuften versinkt. Tatsache ist jedoch, dass der Extremist der Mitte – in viel stärkerem Maße als die Extremisten des Randes – von den Medien beleuchtet, hervorgehoben, gemacht wird. Für seinen Auftritt ist dies unabdingbar. Denn, wie erwähnt, der Extremist der Mitte bewegt sich politisch unsichtbar in der Masse, im Zentrum der Gesellschaft. Bekannt wird er nur durch die Verbreitung seiner Aussagen, manchmal auch seines Verhaltens, das aber meistens im gesetzlich vorgegebenen sozialen Rahmen bleibt.

Anders als die Extremisten von links oder rechts entführte er bislang auch keine Flugzeuge, beging keinen Bankraub, legte keine Bomben, um seine Forderungen durchzusetzen. Sein Verhalten ist im Einzelfall dennoch nicht weniger zerstörerisch. Auch eine radikale, einseitige Gesetzesvorlage birgt destruktive Potenziale. Ein Zeitungsartikel, selbst ein Tweet kann inzwischen eine vernichtende Wirkung haben. Wobei auch hier einschränkend bemerkt werden sollte, dass die ernsthafte Rezeption sehr häufig auf eine kleine Gruppe von Menschen beschränkt bleibt, die Medium, Haltung oder auch nur Beruf eint. Die Nachricht diffundiert zwar indirekt in weitere Kreise der Gesellschaft. Dort wird sie mit vergleichsweise hoher Intensität aber nur kurzfristig wahrgenommen. Bis sie vom nächsten Aufreger abgelöst wird. Das Fatale daran ist jedoch, dass der Extremist der Mitte wenigstens temporär einen Zugang zu den Leitmedien verfügt, um seine Ansichten zu verbreiten. Und er besteht im Zirkelschluss auf der Position, dass alle Meldungen, die über die Leitmedien abgesetzt werden, sachlich richtig sind. Daran darf man in begründeten Fällen Zweifel hegen; weshalb mit dem Faktenchecker eine weitere Instanz geschaffen wurde, die die Meldungen prüft. Scheinbar unabhängig, aber doch von den Leitmedien beauftragt und bezahlt, häufig mit einer schwachen Stellung in der Hierarchie des Mediums, als Praktikant oder Volontär.¹⁸ Deshalb überrascht es nicht, wenn Faktenchecker fast im-

18 Fast nie handelt es sich bei Faktencheckern um Fachwissenschaftler, was (nicht nur) während der Coronajahre zu der kontroversen Situation führte, dass fachfremde Nachwuchsjournalisten über die Einschätzung wissenschaftlicher Arbeiten zu befinden hatten.

mer eine positive Kongruenz zwischen den Aussagen des Extremisten der Mitte und dem Leitmedium herstellen (Andrick 2022) – und damit in der Affirmation Teil des Extremismus der Mitte werden können.

Verhältnis zu den Leitmedien

Aber zurück zu den Leitmedien. Wer in deren mediales Kreuzfeuer gerät, muss sich zumeist gegen Journalisten behaupten, die sich nicht immer fair verhalten. So werden Informationen verkürzt weitergegeben und emotional formuliert. Gegendarstellungen werden ignoriert oder mit noch härteren Vorwürfen beantwortet (Rieg 2023). Eine zusätzliche Problemdimension entsteht durch die fortdauernde Abrufbarkeit der im Netz dokumentierten Dispute. Jedoch nicht für den Extremisten der Mitte, vertritt dieser doch die herrschende Meinung, nur etwas prononcierter. Selbst wenn sich seine Aussagen später, in ruhigeren Zeiten, als Blasen erweisen sollten, kann er sich jederzeit rechtfertigen. Woher sollte er es – wie Mitte und Mehrheit der Gesellschaft, wie Millionen anderer Menschen auch – denn besser gewusst haben? Mit ein bisschen Zerknirschung kann er sich später sogar als Aufarbeiter präsentieren, als geläuterter Mensch mit einer gehörigen Portion Selbsterkenntnis. Damit revidiert er immerhin seine Extremposition, akzeptiert wieder die Regeln des demokratischen Diskurses. Doch es gibt auch hier Variationen: Wenn etwa manche Exponenten der extremen Mitte wider besseres Wissen sogar eine Aufarbeitung der Coronajahre verwerfen und darauf beharren, dass der Ausnahmezustand – mit allen Fehlern und Nebenwirkungen – grundsätzlich die richtige Entscheidung gewesen sei.¹⁹

Die vom Extremisten der Mitte attackierten Skeptiker und Querdenker befinden sich dagegen in einer schwierigeren Lage. Nicht selten wurden ihnen Etiketten verpasst, die sich nicht mehr aus der Berichterstattung im Netz lösen lassen, die ihre Biografie verunstalten wie ein Brandmal. Schlimmer noch als die Folgen einer Strafanzeige, die in letzter Konsequenz zwar den Beruf kosten kann, aber nicht öffentlich werden muss. Einmal titulierte als

19 Wie etwa Janosch Dahmen, der den Vorstoß der FDP-Fraktion im Bundestag, eine Enquete-Kommission einzusetzen, ablehnte. Der gesundheitspolitische Sprecher der Grünen im Bundestag befürchtete »nachträgliche Schuldzuweisungen«, wobei »weiteres Vertrauen der Bevölkerung« verloren gehen könne (James 2023). Dahmen vermutete noch in einem Tweet vom 11. Mai 2023 eine Verschwörung von Querdenkern, als in Ratingen ein offenbar verwirrter Mann in seiner Wohnung eine Explosion verursachte und dabei auch Sicherheitskräfte teilweise schwer verletzte.

»Rechtsextremisten«, »Schwurbler«, »Querdenker«, »Rassisten« oder »Neofaschisten«, müssen sie fortan erklären, warum sie dem harschen Urteil – besonders der Qualitätsmedien – doch nicht entsprechen (Meyen 2020). Sie sind herausgefordert, die geringsten Spuren des Zweifels zu tilgen, wenn sie wieder gesellschaftlich akzeptiert werden oder sogar ihren Lebensunterhalt in einer Anstellung verdienen wollen.

Gestörter Bezug zur Geschichte und Eurozentrismus

Ein weiteres Charakteristikum des Extremisten der Mitte besteht in seinem gestörten Bezug zur Geschichte. Denn er denkt und argumentiert häufig nicht linear-historisch, sondern situativ-kontemporär. Wer die Geschichte in ihrer Entwicklung betrachtet, weiß, dass jedes Volk, jedes Land, jede Kultur durch Höhen und Tiefen gegangen ist, einmal Täter, dann wieder Opfer war. Vor diesem Hintergrund wird es schwierig (aber gewiss nicht unmöglich, etwa beim Holocaust), bewertende Vergleiche zu ziehen, in einen Wettbewerb zu treten, wer denn mehr gelitten habe, eine Hierarchisierung noch der Opfergruppen vorzunehmen. Ein historisch denkender Mensch kennt auch die Gefahren, die sich hinter den genannten kollektiven Kategorien verbergen. Geschichte – und vor allem die Geschichtswissenschaft – betrachtet deshalb häufig die differenzierte Mikroebene, den einzelnen Menschen, arbeitet Ergänzungen, Kontraste, sogar Widersprüche zu den gängigen Narrativen heraus, ohne diese zu leugnen. Der Extremist der Mitte reagiert dagegen auf – häufig medial vermittelte – Details der Gegenwart. Historische Vorgänge bewertet er aus dem Bewusstsein seiner unmittelbaren Gegenwart heraus, nicht selten spontan, emotional, eindimensional. Dabei glaubt er fest an seine eigene moralische Überlegenheit. Diese manifestiert sich für ihn bereits darin, verbal oder per Emoticon auf der richtigen Seite zu posten. Historische Details, Entwicklungen, Vergleiche sind ihm dann weniger wichtig, werden meistens konsequent ausgeblendet. Schließlich könnten sie das Gefühl der moralischen Überlegenheit tangieren. Restriktive Sprachregelungen – unabhängig von der konkreten Situation – wären hier nur ein Beispiel.

Dagegen wird etwa der inflationäre Gebrauch des Englischen – trotz seiner unübersehbar kolonialen und kapitalistischen Aspekte – nicht als problematisch wahrgenommen. Im Gegensatz zu postkolonialen Ansätzen, wie sie beispielsweise von Ngũgĩ wa Thiong’o in seinem bahnbrechenden Werk »Decolonising the Mind« (1986) artikuliert wurden. Vielleicht ließe sich die-

ses Unterschätzen anderer kulturkritischer Perspektiven auch damit begründen, dass für den Extremisten der Mitte die westliche, marktwirtschaftlich ausgerichtete Gesellschaft – entgegen allen Beteuerungen – doch Priorität zu haben scheint. Dies zeigt sich nicht nur im verklärten Blick auf Indiens Regierung, sondern auch bei deutschen Reaktionen auf die Black-Lives-Matter-Bewegung. Während die US-Bewegung in Deutschland breit und positiv rezipiert wurde, ignorierte man eine verwandte, ebenso verzweifelt kämpfende Strömung in Nigeria (Onuzo 2020). Mag sein, dass deren Anhänger suspekt waren, weil sie eine Graswurzelbewegung gegen Regierungsvertreter in Abuja und anderen Städten Nigerias bildeten. Dort instrumentalisierte die herrschende Klasse des Vielvölkerstaates die Coronamaßnahmen für sich und drängte größere Teile der Bevölkerung in noch tiefere Armut (Orjinmo 2020). Korrupte Spezialeinheiten der Polizei ermordeten sogar Demonstrierende, ohne dass dies in deutschen Medien thematisiert worden wäre. Es ist gewiss möglich, dass das geopolitische Interesse Deutschlands seinen Schwerpunkt nicht in Nigeria findet. Aber aus britischen Medien und in Beiträgen nigerianischer Journalisten weltweit konnte man sich immerhin über die durchaus wirkungsvolle Bewegung informieren. Gefolgert werden könnte also, dass der engagierte Antirassismus des Extremisten der Mitte doch sehr westlich geprägt und eurozentrisch ist. Eine Haltung, die sich in einem demokratischen Kontext auch bei der unglücklichen Rückgabe der Benin-Bronzen zeigte.

Allerdings wäre es gewagt zu behaupten, dass sich damit implizit ein westlicher Rassismus verbände. Vielmehr lässt die Fixierung auf Europa und Nordamerika auf ein gewisses Desinteresse schließen, ein Räkeln in der eigenen medialen Komfortzone. Gefährlich ist diese geistige Trägheit dennoch, weil Neues und anderes nicht selbstständig erschlossen wird. Denn das gegenwärtige Agenda-Setting der Medien besteht auch darin, neue Themen und Herausforderung mit alten Gewissheiten zu kombinieren. Das ist bei dynamischen Entwicklungen – wie der Covidkrise – jedoch gefährlich. Denn die Bedrohungslage kann nicht mehr fokussiert analysiert werden, sondern wird normativ mit anderen Politikfeldern vermischt. Der Extremist der Mitte ist daher nicht nur bereit, schneller einem bestimmten Kurs zu folgen; er bleibt ihm auch fester verbunden, folgt ihm in andere Themen hinein. So galt das Maskentragen in der Covidkrise als ein Zeichen von Solidarität, von Umsicht, von Verantwortungsbewusstsein. Natürlich war die Praxis oft eine andere: Mit Masken wurden korrupte Geschäfte gemacht,²⁰

20 Wie etwa von Andrea Tandler, die über Kontakte in die bayrische Politik mehr als 48 Millionen Euro an Provisionen kassierte, aber nur deshalb in erster Instanz zu einer Haftstrafe

die Tragepflicht wurde manchmal sogar polizeilich durchgesetzt. Obwohl die erratische Praxis sehr häufig keinerlei wissenschaftlichen Standards genügte. Vor allem wenn Einweg- bzw. Alltagsmasken sich einer sehr langen und nicht immer hygienischen Verwendung erfreuten. Für den Extremisten der Mitte hatte das Tragen der Maske dagegen eine hohe Symbolkraft: Man durfte vermuten, dass der Maskenträger eine progressive Agenda vertrat. Wer Maske trug, zeigte angesichts der Krise seine Sorge um die Schwächeren. Oder wie es Christian Drost (2020) zu Beginn der Krise formulierte: »Und die Idee wäre ja sowieso: Jetzt, wo wir sehr wenig in der Öffentlichkeit sind, diese Masken auch eben nur dann bei den Ausflügen in die Öffentlichkeit zu tragen, als Geste, Signal, als Höflichkeit.«

So konnte man auch zu verstehen geben, dass man antirassistisch, ökologisch, feministisch war, aufseiten der Wissenschaft ergo der Vernunft stand. Im Umkehrschluss konnten Extremisten der Mitte schließen, dass Menschen ohne Maske das Gegenteil unterstützten: Rassismus, Mitweltzerstörung, Patriarchat, Schlachthäuser, Sekten, Wissenschaftskritik ergo Aberglauben. Natürlich ist diese Gleichung sehr einfach. Aber die Art und Weise, wie Menschen ohne Maske bisweilen als verantwortungslos und egoistisch dargestellt wurden, lässt darauf schließen, dass sie von Extremisten der Mitte keinesfalls als nachdenklich, höflich, abwägend oder solidarisch wahrgenommen wurden. Und selbstverständlich waren Extremisten der Mitte ebenso bereit, gegen Minderheiten und Außenseiter vorzugehen, falls diese vom Mehrheitskurs abwichen und individualistische Tendenzen zeigten. In solchen Fällen waren auch dort »unabhängige Geister. Ökos. Tierschützer und Anthroposophen. Kritiker von Globalisierung und Regierung. Jesus-Freaks, Anarchisten und ein paar Versprengte, die schon immer vor dem Mobilfunkstandard 5G gewarnt haben. Abonentinnen der taz («Wo ist das kritische Hinterfragen? Wo ist die Aufklärung?»), enttäuscht von ihrem Blatt. Dissidenten. Veganer« (Frank 2020) nicht vor Verbalattacken geschützt. Wie in dem hier zitierten *taz*-Artikel, wo Arno Frank die Frage »Macht Bio wirr?« erörterte – und am Ende doch wieder eine Verbindung von unangepassten Minderheiten über Coronaproteste und Verschwörungstheorien zum Rechtsextremismus zog.²¹

von vier Jahren und fünf Monaten verurteilt wurde, weil sie ihr Einkommen nicht ordentlich versteuert hatte (Jerabek et al. 2023).

21 Ibid. Dabei reproduzierte er selbst eine Verschwörungstheorie: die Unterwanderung von Protesten durch Rechtsextremisten. Diese Verschwörungstheorie – oder besser: Verschwörungstheorie – wird aktuell (Januar 2024) auf die Bauernproteste angewendet. Auf diese Weise wird vom eigentlichen Problem abgelenkt; wobei die Protestierenden mit ihren Fragen und Anliegen ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden.

Den Extremisten der Mitte kümmerte dabei auch der weltweit recht unterschiedliche Umgang mit der Pandemie und dem Maskentragen recht wenig. Selbst wissenschaftliche Erkenntnisse, dass das Tragen (verschmutzter) Einwegmasken im Freien – etwa in Fußgängerzonen – keinen entscheidenden Einfluss auf die Verbreitung des Virus hat, wurden ignoriert. Denn wichtiger als die Sachlage war wohl die politische Haltung, der Korpsgeist, die Zugehörigkeit zum eigenen Lager, die sich mit Maske und Impfnachweis verband.

Zusammenfassung

In den Coronajahren wurde der Extremismus der Mitte plötzlich sichtbar: Auf der verzweifelten Suche nach Sicherheit befürworteten nicht wenige Menschen die Einschränkung der Grundrechte, verbunden mit einem starken Staat und einem einheitlichen, kollektivistischen Vorgehen. Andersdenkende wurden systematisch ausgegrenzt, häufig abgewertet – in einer Weise, die an Adornos »autoritären Charakter« erinnerte. Auf anderen gesellschaftlichen Feldern entspringt diese Haltung einer übersteigerten Sensibilität, leichter Verletzbarkeit, zu einer affektiven Polarisierung tendierend, nicht selten analog zur eingeschränkten Perspektive eines Kindes. Hier zeigt sich der Extremismus der Mitte auch intransigent, versteht Geschichte sehr oberflächlich, mit eurozentrischer, westlicher Perspektive.

Die Analyse des Phänomens wird jedoch durch seinen temporären Charakter, ohne definierte Ideologie, ohne eigene Strukturen, aus der Mitte der Gesellschaft heraus agierend, erschwert. Dennoch hoffe ich, dass mein Beitrag eine Annäherung an die Problematik darstellt.

Literatur

- Adorno, Theodor W.; Frenkel-Brunswik, Else; Levinson, Daniel; Sanford, Nevitt (1950): *The Authoritarian Personality*. New York: Harper & Brothers.
- Andrick, Michael (2022): Was tun »Faktenchecker«? In: *Berliner Zeitung*, 10. August.
- Backes, Uwe (2011): Warum die Mitte selbst extrem werden kann. In: Brodtkorb, Matthias (Hrsg.): *Extremistenjäger!? Der Extremismus-Begriff und der demokratische Verfassungsstaat*. Banzkow: Adebora, S. 19–32.

- Canetti, Elias (1960): *Masse und Macht*. München: Hanser.
- Deutschlandfunk (2023): Kultusministerin Schopper hält an »Tauben im Gras« als Abi-Pflichtlektüre fest. 30. März.
- DHNS (2022). Varavara Rao: The old man won't die in jail. Thanks, SC. In: Deccan Herald, 15. August.
- Drosten, Christian; Hennig, Korinna (2020): Masken können andere schützen. Coronavirus-Update 19. In: NDR. 23. März.
- Flaßpöhler, Svenja (2021): *Sensibel. Über moderne Empfindlichkeit und die Grenzen des Zumutbaren*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Frank, Arno (2020): *Macht Bio wirt? Corona und Verschwörungstheorie*. In: taz, 23. Mai.
- Grumbach, Detlev (2023): Koeppens Roman »Tauben im Gras«. Es geht um Bündnisse. In: Junge Welt, 10. Juli.
- Herold, Maik; Joachim, Janine; Otteni, Cyrill; Vorländer, Hans (2023): *Polarisierung in Deutschland und Europa. Eine Studie zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen in zehn europäischen Ländern*. MIDEM Studie 2023-2. Dresden: Mercator Forum Migration und Demokratie.
- James, Katharina (2023): *Grünengesundheitsexperte [sic] gegen Enquete-Kommission zur Corona-Politik*. In: Die Zeit, 26. April 2023.
- Jerabek, Petr; Rauch, Manuel; Arnö, Alexander (2023): *Masken-Millionärin Tandler muss fast viereinhalb Jahre in Haft*. In: BR24live, 15. Dezember.
- Koeppen, Wolfgang (1951): *Tauben im Gras*. Stuttgart: Scherz & Goverts.
- Kundu, Amitabh (2022): *India Discrimination Report. Summary Edition*. Neu-Delhi: Oxfam India.
- Le Bon, Gustave (1961): *Psychologie der Massen*. München: Kröner.
- Lipset, Seymour Martin (1960): *Political Man*. New York: Doubleday & Company.
- Meisoll, Astrid (2023): *Rassismus. Ulmer Lehrerin will wegen Roman nicht mehr unterrichten*. In: SWR Aktuell, 11. März.
- Meyen, Michael (2020): *Die Leitmedien als Problem*. In: Journalistik, Heft 3, S. 262–273.
- Milgram, Stanley (1974): *Obedience to Authority: An Experimental View*. New York: Harper & Row.
- Onuzo, Chibundu (2020): *Black lives matter everywhere. That's why the world should support the #EndSARS movement*. In: The Guardian, 16. Oktober.
- Orjinmo, Nduka (2020): *Why Nigerian looters are targeting Covid-19 aid*. In: BBC News Africa, 26. Oktober.

- El Ouassil, Samira (2020): Liebe Schutzmaskenverweigerer! In: Spiegel Online. 16. Juli.
- Peer, Mathias (2022): Baerbock lobt Indien als Wertepartner – obwohl das Land enorme Mengen an russischem Rohöl importiert. In: Handelsblatt, 5. Dezember.
- Rieg, Timo (2023): Qualitätsdefizite im Corona-Journalismus. Eine kommentierte Fallsammlung. In: Research Gate.
- Schwarz, Meike (2023): Der Einfluss der Pharmaindustrie war zu groß! In: Die Zeit, 10. Februar.
- Statesman News Service (2022): ›Grand statue‹ of Netaji to come up at India Gate: PM Modi. In: The Statesman, 20. Januar.
- SWR (2023): »Tauben im Gras«: Lehrerin findet Kompromiss zu Abi-Pflichtlektüre in BW annehmbar. In: SWR Aktuell, 30. April.
- Thiong'o, Ngũgĩ wa (1986): Decolonising the Mind. Nairobi: Heinemann Educational.
- Wagenknecht, Sahra (2021): Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt. Frankfurt am Main: Campus.

Fechner, Matthias (2024): Gibt es einen »Extremismus der Mitte«?. In: Mediensystem und öffentliche Sphäre in der Krise, herausgegeben von Hannah Broecker und Dennis Kaltwasser, S. 201-222. Neu-Isenburg: Westend. https://doi.org/10.53291/9783949925214_9